

Staatsfragen sind Meinungsfragen

Nicht Koalition und Parlament, sondern Klassenkampf und Arbeiterbildung führen zum Sozialismus / Kommunistische Bewegung mit dem Bürgerblock und dem linkssozialdemokratischen Reformismus im bürgerlichen Landtag

72. Landtagsitzung

Dresden, den 9. März 1928.

Die heutige Fortsetzung der Staatsdebatte läßt die zweite „Rednergarnitur“ der Parteien zu Worte kommen. Als erster beschäftigt sich der Deutschnationale Berg hauptsächlich mit der Begründung der reaktionären Verwaltungsreformwünsche seiner Partei. Außerdem wendet er sich besonders gegen die Staatsbetriebe als „Konkurrenzen“ des Privatbetriebes.

Finanzminister Weber wendet gegen die Begründung Bergs ein, daß die Staatsbetriebe dem Privatkapital keine Konkurrenz machen und beruft sich dabei besonders auf die Ausführungen des linkssozialistischen Bethke bei seiner Begründung zur Zustimmung zum Etat. Da im Verlaufe der gestrigen Debatte der linkssozialistische Bethke auch ausführlich die MSP-Linie der Reichspolitik der Sozialdemokratie — gestützt auf die Ausführungen Seeverings auf seiner Versammlungstour — ausgebeugt und ausdrücklich dieser Politik grundsätzlich zugestimmt hat, verliert als zweiter SPD-Redner der Abgeordnete Edel diese Beweisführung zu verlieren. Wie er das macht, ist wiederum bezeichnend für die ebenso gefährliche wie schändliche Rolle des zentralistischen „Linken“ Führerküngels der SPD. Er stellt fest, daß die MSP-Führer vom Bürgertum gekauft worden sind, wie eine Tonne Heringe vom Krämer. Er nennt richtig die Bethke, Feldt und Konjonten „Interessenvertreter des Bürgertums“ und spricht davon, daß das Bürgertum trotz aller vorhandenen Gegenkräfte im Kampf gegen die Arbeiterklasse stets eine reaktionäre Einheitsfront bildet — aber er sagt kein Wort über die Stellungnahme Seeverings, über die Politik der preussischen und Reichstagsfraktionen der SPD, weil eben nicht zu bestreiten ist, daß diese Politik sich höchstens in der Phrasenlogik, niemals aber in der Praxis von der MSP in Sachen unterscheidet. Er verweist lediglich auf einen Zeitungsartikel Seeverings, der die MSP-Politik angreift. Die radikale, sehr oft von jedem Revolutionär zu unterschätzenden Formalisierungsneigung des Edel, Artz u. Co. eben nur dazu, die wachsende revolutionäre Stimmung der bürgerlichen Arbeiterklasse aufzufangen, um den Kampfwillen der Massen zu verflüchtigen zum Wohlstand für dieselbe SPD, deren Propagandarede Seevering heute schon in seinen Reden die Koalitionseinstellung mit allen bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschnationalen erklärt. „Linker“ parlamentarischer Opportunismus in Reinkultur. Das ist die Basis dieser „revolutionären“ sozialdemokratischen Parlamentarier, und der Schlüssel: Er faßt etwas von „Stalinistischem Opportunismus“, im übrigen sei er „zu großzügig“, um auf die Anwürfe des kommunistischen Redners einzugehen, die SPD fürchte sich nicht vor der Enttarnung durch die Kommunisten. Die Sozialdemokratie kämpfe für eine — demokratische Entwicklung in Sachen. Zu einem erfolgreichen Kampfe gehöre jedoch eine — Einheitsfront der Arbeiter unter dem Banner der Sozialdemokratie. Sie allein führe auf dem Weg zum Sozialismus ..., dem im Wahlkampf zum Siege verholfen werden würde.

Diese bezeichnende Kombination von „revolutionärer“ Phrase und parlamentaristischem Realismus bildet den Höhepunkt der linkssozialdemokratischen Redebühne.

Auf Edel folgt der Industriellenvertreter Dr. Frucht (Volkspartei), der offen als „Vertreter der Wirtschaft“ die Wünsche der bürgerlichen Kapitalisten auf Sparsamkeit zu Ungunsten der Sozialfürsorge begründet.

Interessant ist, daß diesmal wieder der Finanzminister genötigt ist, die mit der Begründung der Wünsche auch vom Abg. Frucht geübte Kritik zurückzuweisen. Er erklärt, daß — wenn weiterhin ein Redner der Regierungsparteien nach dem anderen an den Vorlagen der Regierung öffentliche Kritik übt — er nicht daran denke, weiterhin die Geschäfte der Regierung zu verwalten. Er wünscht, daß die Parteien, die keine Beschlüsse gefaßt haben, die jetzt die Regierung durchführt, nicht aus Unkenntnis, wie dies Dr. Frucht getan, diese Maßnahmen kritisieren. Die Kritiker in den Reihen der Regierungsparteien hätten gar keine Ahnung vom diesjährigen Etat. (Lebhaftes Hört! Hört! und Gelächter links.) Unter großer Unruhe verläßt Weber die Tribüne.

Genosse Lieberach

weist auf die Tatsache hin, daß dieser Streit in der Regierungskammer recht drastisch unterstreicht, daß die Industrie mit Recht die Regierung als ihre Untergebenen ansieht und deshalb dem Finanzminister Weber auch noch klargemacht werden muß, daß er sich alle Schurkegeleien gefallen lassen muß. Die Interessen der Industriellen sind es, die die Basis der Regierung und deshalb auch die des Etats bilden müssen. Eingehend auf den Angriff Edels gegen die Kommunisten stellt Genosse Lieberach fest, daß Edel nichts beantwortet hat auf die Frage, was die bürgerliche Sozialdemokratie zu den Reden Seeverings sagt.

Die Politik der MSP ist nichts anderes als die, der linken Phrasen entsprechende grundsätzliche Politik der Sozialdemokratie.

Edel hat zwar vom Kampf mit dem Sozialismus geredet, er ist aber der Beantwortung der Frage ausgewichen, ob er nicht wie Kautsky, wie die gesamte Führung der SPD und der MSP diesen „Weg“ in der Koalition und in der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und der bürgerlich-kapitalistischen „Demokratie“ sieht. Gerade die Frage des Kampfes um die Macht muß jedoch vor der Arbeiterklasse grundsätzlich klargestellt werden, weil überall das Bürgertum in allen kapitalistischen Ländern zur Unterdrückung der Klassegegensätze zu legalen bürgerlichen Diktaturen rüft oder sie bereits durchgeführt hat. Demgegenüber muß man der Arbeiterklasse zeigen, daß der bürgerliche Staat — gleich welcher Form — als Unterdrückungsorgan betrachtet werden muß. Das zeigen deutlich die Schiedsprüche und Verbindlichkeitsverträge und die Sperren zum Unternehmerrücktritt in den Wirtschaftskämpfen des vorigen und dieses Jahres. Im selben Augenblick, wo die Arbeiter ihr Recht auf Erhalten gegen die Kapitalisten zu wahren versuchen, steht die ganze Macht des „überparteilichen“ Staates auf der Seite des Kapitalismus. Gerade auf den hier offen zutage tretenden Charakter des bürgerlichen Staates muß man bei der Stellungnahme zum Etat hinweisen. So wird man leicht erkennen, daß der Etat nur zur Sicherung der Belange der bürgerlichen Industrie und Großgrundbesitzer dient. Ein deutliches Beispiel geben dafür die „Arbeiten“ des linkssozialistischen Arbeitersministers, der als Anführer der Arbeiter kein Willen er-

worben und sich mit Hilfe der linkssozialdemokratischen Koalitionspolitik zu einem offenen Interessenvertreter der Unternehmer entwickelt hat. Dieses schändliche Beispiel sollte gerade den Arbeitern die Bedeutung der Versprechungen der Sozialdemokratie zeigen, die allen Kampf für den Sozialismus auf die Abgabe des Stimmzettels, die Wahl von Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Ministern abzuschieben bemüht sind. Und dort, wo Sozialdemokraten als Führer von Gewerkschaften den Kampf der Arbeiter um Lohn und Brot gegen die Unternehmer zu vertreten hätten, verhindern sie systematisch einen einheitlichen Kampf aller Arbeiterschichten, wenden sie sich gegen Anwendung schärferer Kampfmittel im Interesse des kapitalistischen Wirtschaftsfriedens und würden den Willen der Arbeiter zum Kampf gegen die staatliche Unterdrückung der Kapitalisten bewußt ab. Sie spielen also im Klassenkampf die Rolle wie die linkssozialistischen in der bürgerlichen Politik. Leicht versteht man auch, weshalb Edel nicht geantwortet hat auf die Frage: Wie steht die bürgerliche SPD zum Rüstungs- und außenpolitischen Programm Seeverings, wie stehen die „Linken“ zur Bereitschaft Seeverings zur Koalition mit dem Bürgertum, mit Einfluß der Deutschnationalen, wie stehen sie zur Sozial- und Wirtschaftspolitik dieses „Staatsmannes“, dessen Auffassungen sich in keiner Weise vom MSP-Programm unterscheiden. Die Antwort erfolgte deshalb nicht, weil die „linken“ Sozialdemokraten wohl in ihren Zeitungen und ihrer Presse heuchlerisch über den reformistischen Einfluß auf die Arbeiterklasse heulern, weil sie aber in der Praxis keine andere Rolle spielen als die der revolutionär maskierten, phrasendreschenden Zerstörer des Reformismus, denn nichts anderes bedeutet es, wenn statt Zentralisierung und Konsolidierung der Wirtschaftskämpfe als entscheidendes Mittel zur Vernichtung des Bürgerblockregimes im Reich und in Sachen von dieser selben „Linken“ nur die Paraphrasen „neue Wege“ als Weg zum Sozialismus gepredigt und so in den Hirnen der Arbeiterklasse alte reformistische Illusionen zu neuem Leben erweckt werden. Dieser Politik lehnen die Kommunisten die klare marxistische Stellungnahme zum Sturz des kapitalistischen Systems und seines Staates durch die ge-

waltsame Eroberung der politischen Macht und die Aufhebung der Diktatur des Proletariats als einzigen Weg zum Sozialismus entgegen. (Lebhaftes Geh. richtig! b. d. Komm.)

Genosse Lieberach legt dann den ausgeprochen kapitalistischen Charakter des Etats auseinander, geißelt die imperialistische Politik und die Verräter u. Claqueurwirtschaft in den Staatsbetrieben. Diesem Staat und dieser Regierung sagt die bürgerliche Arbeiterklasse ihren bittersten Kampf an, der sich gegen die Bürgerblock- und Koalitionspolitik richtet. Die Arbeiter mögen die Lehren ziehen aus den „Erfolgen“ der sozialdemokratischen Politik, die eine Kette von Niederlagen für das Proletariat und nur „Erfolge“ für die korrupten Führer der SPD brachte. Die Arbeiter müssen gleichzeitig erkennen, daß hinter den „wunderbar“ revolutionär schillernden Phrasen der „linken“ SPD ebenfalls nichts anderes steckt als das alte reformistische Gift der Koalition mit dem Bürgertum auf dem Boden des bürgerlichen Staates. Sie werden dann begreifen, daß der Kampf gegen Bürgerblock und Ausbeutung nicht im Parlament entschieden werden kann, der Parlamentskampf soll und kann nur ein Spiegelbild der Reife und des Kampfwillens der Massen geben, sondern daß dieser Kampf erfolgreich geführt und ausgetragen wird außerhalb des Parlaments, in den Betrieben, den Hochburgen des Klassenkampfes. Zu den Methoden und eizernen Konsequenzen dieses Kampfes bekennt sich nur — das sollen und können die Arbeiter selbst nachprüfen — die kommunistische Partei! (Lebhaftes Bravo! b. d. Komm.) Im weiteren Verlauf der Debatte kündigt Dr. Kautsky (Dem.) Ausschuhentwürfe in den Theaterfragen und denen der Staatsbetriebe an.

Nach Abschluß der Aussprache geht die Vorlage des Staatshaushaltplanes an den Ausschuh zur Einzelberatung.

Zum Schluß der Sitzung werden eine Anzahl Anträge, u. a. auf Einstellung höherer Mittel für die Jugendpflege, in erster Beratung an die zuständige Ausschuh verwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung findet Donnerstag den 15. März statt.

Außenpolitische Wochenschau

Russlands große Rede gegen die angeblich Italien von jenseits der Brenner her drohende Gefahr, war — mit so großem Rumor auch begleitet wurde — keine Stegenrede. Tatsächlich liegt schon darin, daß Russland überhaupt einen Anlaß fand, gegen die laut und noch nicht in der Waffe ausgeführte, mit Ungarn und Italien eng verknüpfte Belpel-Regierung große Reden zu schwängen, die Behauptung eines gewissen Rückzuges, den die italienische Außenpolitik erlitten hat. Belpels Rede nach Vraag, über die wir vor einigen Wochen berichteten, bedeutete offenbar die Einleitung einer gewissen Schwächung der österreichischen Regierung nach der Seite der kleinen Entente hin. Sicher wird diese Schwächung nicht von langer Dauer sein, aber immerhin ist die Umänderung an die Außenpolitik, die sie jetzt sich auf wirtschaftlichem Gebiete schon vor einigen Wochen in dem Beschluß der österreichischen Staatsräte nicht weniger zu elektrisieren, also von der internationalen Rolle abhängig zu lassen, in verschiedenen Verbindungen über Handelsverträge, — und tritt politisch nun weniger in der Veränderung der österreichisch-italienischen Beziehungen; vor einigen Wochen noch offene Hilfe bei der Vertreibung des ungarisch-italienischen Walfischmuggels, heute plötzliche Erinnerung an die Unterdrückung der deutschen Winderbau in Italien (die mächtigste nicht erst einige Wochen alt ist). Es ist möglich, daß die kürzlich erfolgte Verhandlung zwischen der Tschechoslowakei und der tschechischen Räte Belpel die Umänderung an die Tschechoslowakei erleichtert hat — für Russland ist das alles übrigens gleichgültig; wichtig ist es, daß ein durch keine geographische Lage bei einem italienisch-jugoslawischen Konflikt entscheidend wichtiges Land nicht mehr zur unbedingten Einflussphäre Italiens zu rechnen ist; daher die große Gefahr der Drohungen mit der Reichswehr (das Judentum wird wohl trotzdem dargeboten worden sein). Daß England sich mit Italien in dieser Frage solidarisieren ist historisch nicht — daß Frankreich auf diesem Wege eine italienisch-deutsche Annäherung zu verhindern hofft, auch fraglich ist nur, ob der deutsche Imperialismus heute schon stark genug ist, die Zustimmung Italiens zu einer Lösung der österreichischen Frage in seinem Sinne zu erlangen.

War der österreichisch-italienische Konflikt kein Zeichen der Schwäche der italienischen Position ist doch der bisherige Verlauf der Völkerverhandlungen ein sehr netter Erfolg für den ungarisch-italienischen Block, der sich in der Frage seiner illegalen Besetzung der deutschen und englischen Untertanen erfreuen konnte. Daß England seine bürgerliche Landnahme behauptet, ist nicht selbstverständlich — daß Deutschland nicht genötigt ist, irgendwo Untersuchungen über illegale Wälder zu lassen, ist ebenso bekannt. Aber bemerkenswert ist die Schwäche der österreichischen Position, den Frankreich und die kleine Entente den Tschechoslowaken entgegenzusetzen hatten; die kleine Entente mußte mit dem italienischen Faschismus eng verbundenen Vertreter Rumäniens vordringen, um einen offenen Bruch Rumäniens aus ihrer Front zu vermeiden und mußte kritisch zusehen, wie sich Herr Titulescu nun benimmt, trotz aller Proklamationen des ungarischen Vizepräsidenten die ganze Angelegenheit in möglichst harmloser Form abzumildern. Und Frankreich konnte seinen ersten Vorstoß zur Ermöglichung einer Völkerverhandlung über die ungarische Besetzung erzwungen — ja, Herr Briand mußte ohne Widerspruch zugeben zu können, zusehen wie der Kaiserliche Vizepräsident von Chamberlain ausgelassen wurde weil er — daß sicher auf französischem Boden — gegen die zu Vertuschungswenden unternommene Erklärung der Wälder durch die ungarische Regierung Einspruch erhoben hatte. Schon in dem Protokoll, den diese — vom Staatspunkt der Völkerverhandlung doch selbstverständlich — Bekämpfung des Kaiserlichen Vizepräsidenten, ist klar, daß der Völkerverhandlung nicht mehr in der Frage ist, keine ursprüngliche Aufgabe, die Sicherung der durch die Reichsregierung gebildeten französischen Segmente auf dem Kontinent zu erfüllen.

Daran kann auch das Ergebnis der letzten „Sicherheits“-Verhandlungen — ganz abgesehen von dem sehr akademischen Charakter der Forderungen höher Kommissar — nichts ändern. Frankreich hat in letzterem seinen Willen durchgesetzt als regionale Vereinbarung zur Sicherung des Ostens in einer bestimmten Zone als nicht anerkannt wurden und als im Gegensatz zu den englischen Wünschen — betont wurde, daß kein Staat auf dem Balkan ohne Recht des Völkerverhandlung als Schiedsrichter in solche Konflikte einzusetzen darf. Aber ein anderer Anlaß ist es, daß Frankreich sich nicht scheut, die kleinen Entente, die sich nicht scheut, das man bezeugt, daß auch die Tschechoslowaken von dem Tschechoslowaken, was in letzter Zeit ein Teil davon des Rates von „Europäern“ durchgenommen zu Hilfe zu sein, während andere die Völkerverhandlung als ein sehr wichtiges Instrument, mit dem die Völkerverhandlung für einen so wichtigen Interessenkonflikt zu stellen. Das wird nun ein einziger Punkt sein, den überlassen ist. Und Frankreich hat den Völkerverhandlung nicht mehr als die Völkerverhandlung als ein Punkt auf dem Staat zur Teilnahme an regionalen Sicherheitsverhandlungen abge-

lehnt und zugleich betont wurde, daß die „Sicherheits“-Verhandlungen die Möglichkeit „friedlicher“ Vereinbarungen zur Revision der Friedensverträge nicht ausschließen sollen. Die französischen Entwürfe tragen also recht problematischen Charakter; der Verlust „rationale Sicherheitsverträge“, an denen sich auf Völkerverhandlungen als Basis in Frage kommenden Wälder (vor allem also Deutschland) beteiligen müßten, als „Sicherung“ des durch die Friedensverträge geschaffenen Zustandes zu erlangen, ist gefährlicher — was von dem Völkerverhandlung übrig blieb, bedeutet nicht weiter als eine Legalisierung der von Frankreich (aber ebenso auch andererseits von Italien) ohnedies geübten Wälder. Da sich Frankreich heute auf den Völkerverhandlung als Wälderposition nicht mehr verlassen kann, bedeutet die Einbeziehung des Bundes als Organ, das die Berechtigung einer Hilfeleistung an den Bundesmitgliedern zu kontrollieren hat, nur mehr eine Schwammung der französischen Wälderposition (zu deren Vertiefung der Völkerverhandlung offenbar nicht mehr geeignet ist) durch Ausbau des Bündnisystems zu sichern. Weht diese Entwicklung weiter, so kann der Augenblick kommen, wo Frankreich den ganzen jenseits als seine eigene Wälderposition geschaffenen Völkerverhandlung mehr oder weniger als Ballast empfunden.

Die Dinge, die sich in diesen Tagen im nahen Orient abspielen, können zur Einleitung einer großen Rolle führen. Das ist die englisch-ägyptischen Beziehungen in den letzten Tagen bis zu offenen Drohungen mit der Beschäftigung der militärischen Beziehung und mit der teilweisen Sperre des für Ägypten lebenswichtigen Nilmüllers zugespitzt haben, ist noch nicht das wichtigste; solche Krisen hat es in den letzten Jahren genug gegeben, und sie haben — teils infolge der sehr begünstigten Ängst der ägyptischen Bourgeoisie vor einem Appell an die breiten Volksmassen, teils infolge der rein technischen Überlegenheit Englands — bisher stets mit Kompromissen geendet, die kaum mehr eine Behütung der englischen Diktatur waren. Aber wenn England heute der — volle Unabhängigkeit im Rahmen des englischen Imperiums überlassen — ägyptischen Regierung erklärt, daß die über Ägypten führenden Verbindungswege des britischen Reiches zu wichtig seien, um dem ausschließlichen Schutz ägyptischer Truppen anvertraut werden zu können, so hat diese Bemerkung eine sehr reale Grundlegung: ein Zustand ganz Arabiens gegen die englischen Positionen liegt heute im Bereich des jeden Augenblick Möglichen.

Im allgemeinen hat es der britische Imperialismus sehr gut verstanden, die dauernden Streitigkeiten der verschiedenen arabischen Stämme zur — bei der weiten Ausdehnung des Landes militärisch kaum durchführbaren — Sicherung seiner wichtigsten Positionen des mesopotamischen Tieflandes mit den Erdölgebieten des Irak (Kassus) und des Suezkanals auszunutzen. Als vor einigen Jahren die Städte des inneren Mezz und Medina eroberten, hat England, das mit seinen dort eingeleiteten Schützlingen gerade in Streit lag, das gar nicht ungern gesehen — so wenig wie die dauernden Kleinkriege in Subarabien (um so mehr, als sich viele gegen das italienische Einflussgebiet richteten) Iran aber begann sich die Strohstrik der Wälderstämme in die für England gefährlichsten Richtungen zu orientieren: nach Norden, gegen Transjordanien, das Bindeglied zwischen Ägypten, Palästina und Mesopotamien — und nach Osten gegen den Irak selbst. Zunächst handelte es sich offenbar um Verstöße einzelner Stämme gegen das fruchtbarere Weideland der englischen Schützlinge — aber die klugen Repräsentanten, die die englischen Kluge gegen diese Stämme ergriffen, haben immer mehr diese Massen in Bewegung geleitet, die sich selbst — wahrscheinlich sehr gegen seinen Willen — der Wahabiten-Führer Ibn Saud mit der antizypischen Bewegung solidarisch erklären mußte. Kommt es wirklich zu einem Bruch aller innerarabischen Stämme gegen die englischen Wälderpositionen, so würden die vorhandenen Truppen und Kampfmittel nicht ausreichen; ein Kolonialkrieg allergrößten Stiles wäre das Ergebnis, der für England um so peinlicher werden könnte, als er sich bei der Unzugänglichkeit des Wäldergebietes durch viele Jahre hindurch hätte und nicht, wie in Ägypten durch einfache, technische Maßnahmen (Abperrung des Wassers, Blinde der Ruten) zu beenden wäre. Und zudem hätte ein solcher Krieg die unangenehme Eigenschaft, daß bei der geringsten Niederlage Englands durch neue Aufstände in den heute niedergedrückten Gebieten auszubringen — während englische Erfolge die Wälderstämme eben einige hundert Kilometer zurückdrängen würden, ohne dabei strategisch etwas auf die Dauer zu errischen. So sind die im Osten Arabiens, über den Irak führenden Verbindungen Englands mit Indien heute schwer bedroht; begreiflich, daß England heute mit allen Mitteln versucht, seine Position an der Wälderlinie, in Ägypten, festzuhalten. Nur das größere Erfolge der arabischen Freiheitsbewegung auf die Lage in Ägypten unangenehm veränderten, einen erfolgreichen Zustand und eine Bedrohung des Suezkanals in dem Bereich der Wälderlinie rufen würden.